

Faire Chance für Elternrecht und gegliedertes Schulwesen

Die Debatte über die Schulpolitik war das wichtigste Thema der Sitzung des Landtages vor den „Kartoffelferien“. Vor Beginn der Debatte wurde der CDU-Landesvorsitzende, Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, im „Morgenmagazin“ des Westdeutschen Rundfunks interviewt. Wir geben hier das Interview wieder:

Moderator: Wie heißt es in einem Flugblatt, das unterschrieben werden soll und dessen Initiator die Bürgeraktion Schule ist? „Ich bin für die ortsnahe Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, die Neugründung von Gesamtschulen darf nicht zur Schließung von leistungsfähigen Schulen führen. Deshalb fordere ich den Landtag auf, die bestehenden Schulen durch gesetzliche Regelungen zu sichern.“ Den Landtag wird heute die Schulfrage, die Zahl der Gesamtschulen, die Zukunft anderer Schultypen beschäftigen in einer großangelegten Debatte. Wir sind verbunden mit dem CDU-Landesvorsitzenden, Prof. Kurt Biedenkopf. Guten Morgen! Sie müßte als Marktwirtschaftler doch eigentlich ein solches Flugblatt fuchsen. Das besagt doch unter Strich, da wird an der Nachfrage vorbei etwas gefordert, es zu konservieren und eben schlichtweg quasi als Selbstzweck zu erhalten.

Biedenkopf: Also, wenn das so wäre, wenn hier gewissermaßen ein Kartell gefordert würde, dann würde mich das in der Tat fuchsen. Aber das ist nicht so. Die Neugründung von Schulen führt heu-

te dazu, und zwar wegen der zurückgehenden Schülerzahlen, daß andere geschlossen werden müssen. Zum Markt gehört aber, daß die Nachfrage die Auswahl hat zwischen verschiedenen Schultypen. Wir haben ja die Diskussion in den letzten Jahren sehr stark geführt unter dem Gesichtspunkt Elternrecht. Wenn Eltern sich zusammentun in einem Bereich, wo eine Schule gegründet werden kann, und 120 Eltern sagen, wir möchten gerne für unsere Kinder, die jetzt im 5. Schuljahr eingeschult werden, eine Gesamtschule, dann soll eine gegründet werden. Früher war das möglich, daß man dann zusätzlich eine Schule gründete, weil es da viele Schüler gab. Heute gehen die Schülerzahlen stark zurück, sie sind um 47 Prozent zurückgegangen in den letzten Jahren. Wenn jetzt eine neue Schule gegründet wird, müssen alte geschlossen werden.

Moderator: Aber immerhin, Herr Prof. Biedenkopf, haben Sie ja wohl am Wochenende auf einem einschlägigen Kongreß, einem bildungspolitischen, auch darvorgewarnt, Besitzstände um jeden Preis wahren zu wollen.

Biedenkopf: Richtig, es geht nicht um die Besitzstände, sondern es geht um den Elternwillen.

Moderator: Aber offenbar ist es nicht so einfach, eine Schule, sagen wir ein Gymnasium mit 1 000 Schülern, einfach zu verkleinern, um es ortsnah auch in Zukunft für die interessierten Eltern bzw. deren Kinder vorzuhalten.

Biedenkopf: Ja, die Frage der Schulgröße, die stellt sich ja für alle Schulen, für die Hauptschule, für die Gesamtschule, für die Realschule, für das Gymnasium. Wir müssen in allen Bereichen lernen, mit kleineren Schulgrößen auszukommen, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Hier geht es um etwas anderes. Wenn 120 Eltern beantragen, wir möchten gerne eine Gesamtschule haben, und dem Antrag wird stattgegeben, dann sind möglicherweise 400 oder 500 Eltern betroffen, die ihre Kinder in das gegliederte Schulsystem schicken wollen, was davon betroffen wird, und nach deren Willen wird bisher nicht gefragt. Das war früher anders, weil man früher gesagt hat, es sind ja so viele Schüler da, wir können zusätzliche Schulen gründen. Jetzt haben wir am Schulmarkt, wenn Sie schon bei dem Begriff bleiben wollen, einen Verdrängungswettbewerb, und deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, daß auch der Wille der Eltern gefragt werden muß, die für das gegliederte Schulsystem sind. Darüber wird heute im Landtag diskutiert.

Moderator: Herr Prof. Biedenkopf, ich glaube allerdings, daß gerade die Eltern bei der NRW-Schulpolitik überhaupt nicht mehr durchblicken, also, was wer möchte, und das geht hin und her. Haben Sie denn da konkrete Vorstellungen für dieses Problem, das Sie gerade ansprachen? Welche Größe für eine Schule können Sie sich denn noch vorstellen, daß Sie sagen, also, bei 50 Schülern lohnt es sich noch, die ganze Schule aufzulassen, oder wie könnte das in der Praxis aussehen?

Biedenkopf: Es gibt natürlich gewisse Untergrenzen. Die sind verschieden, je nachdem, um welche Schule es sich handelt. Das ist bei der Grundschule, also, die bis zum 4. Schuljahr geht, anders als bei der

Hauptschule oder der Realschule. Für die Gesamtschule muß man eine Mindestgröße schon deshalb voraussetzen, weil sie sonst gar nicht funktionieren kann. Also, sie muß in jedem Schülerjahrgang mindestens drei Klassen haben. Man nennt das dreizügig, normalerweise eigentlich vier. Wenn man unter diese Größe geht, dann funktioniert das ganze Konzept nicht mehr. Bei einer Realschule kann man möglicherweise auch damit auskommen, daß man in den weiterführenden Klassen nur noch mit einer Klasse oder maximal mit zwei Klassen pro Schülerjahrgang auskommt. Ich bin auf dem Gymnasium gewesen, das war ein einziges Gymnasium, da hat es also für die höheren Jahrgänge, also 11., 12., 13. Klasse, nur noch eine Schulklass gegeben, also 30, 40 Kinder. Das hängt auch von der Fächerbreite ab, die man in einer solchen Schule anbieten will. Das Entscheidende für uns heute in der Landtagsdebatte ist aber nicht die Schulgröße, sondern sicherzustellen, daß ein Gymnasium, eine Hauptschule, eine Realschule in zumutbarer Entfernung des Wohnortes der Kinder beibehalten wird und nicht geschlossen wird, um einem neuen Schultyp, nämlich zum Beispiel der Gesamtschule, Raum zu geben. Darum geht es.

Moderator: Sie sind, Herr Prof. Biedenkopf, bisweilen nicht nur für eine, sondern meist gleich für mehrere unkonventionelle Ideen gut. Könnte so ein Gedanke wie die mögliche Privatisierung von Schulen oder die Förderung ja schon bestehender Privatschulen auch ein Denkansatz sein?

Biedenkopf: Ja, wir haben ja schon Privatschulen in Nordrhein-Westfalen.

Moderator: Eben, die könnte man ja ausweiten und auf diese Weiße alte Schultypen erhalten.

Biedenkopf: Es ist nur so, wenn wir Privatschulen in Nordrhein-Westfalen einrichten, die, ich will mal sagen, die Pflicht erfüllen, die eigentlich der Staat hat, nämlich eine Schulausbildung anzubieten, dann müssen die ja vom Staat auch finanziert werden. Vor allem, sie brauchen auch Schüler, wenn also die Privatschule eingerichtet wird, und die Privatschule zieht die Schüler an sich, dann muß der Staat den überwältigenden Teil der Kosten auch für die Privatschule tragen, und die öffentlichen Schulen werden betroffen. Also, der Verdrängungswettbewerb ist ähnlich. Ich glaube, man muß die Schulen nicht privat oder öffentlich machen, um das Wettbewerbsproblem zu lösen. Hier geht es darum, ob die Eltern in gleicher Weise für eine Gesamtschule oder für das gegliederte Schulwesen optieren können, also, sich aussprechen können, ob wir den Elternwillen in beiden Fällen ermitteln. **Zur Zeit ermitteln wir den Elternwillen nur, wenn es um Gesamtschulen geht, aber nicht, wenn es ums gegliederte Schulsystem geht. Und das wollen wir ändern.**

Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herbert Reul, setzte sich in seiner Rede im Landtag für eine faire Chance des Elternrechts engagiert ein. Hier einige Auszüge seiner Rede:

In den letzten Wochen und Monaten erleben wir eine ungeheure Zuspitzung der schulpolitischen Auseinandersetzungen in unserem Lande. Schulstreiks, Protestversammlungen, Demonstrationszüge, Transparente in überfüllten Ratssitzungen, hilfesuchende Briefe an den Ministerpräsidenten, den Kultusminister und die Fraktion des Landtages sowie eine Flut von schulpolitischen Prozessen an

den Gerichten kennzeichnen die Situation.

Meine Damen und Herren, dies ist die schulpolitische Situation des Jahres 1986 im Lande des Ministerpräsidenten Rau. Unruhe, Unfrieden an den Schulen, Rechtsunsicherheit und ein Gegeneinander von Eltern, Schülern und Lehrern findet statt. Anstatt zu versöhnen, duldet der Ministerpräsident, daß seine SPD-Fraktion das Feuer weiter anheizt und den Kultusminister endgültig zur Marionette linker Bildungsideologen macht.

Jetzt sind wir, das Parlament, gefordert. Wir müssen endlich die gesetzlichen Rahmendaten setzen, damit Rechtsunsicherheit und Unfrieden an unseren Schulen beendet werden. Wir müssen versöhnen, aber nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Die Schulpolitik dieser Landesregierung spaltet zwischen Eltern, die das gegliederte Schulwesen wünschen, und Gesamtschuleltern, zwischen Kindern, die Hauptschule, Realschule oder Gymnasium wollen und Kindern, die die Gesamtschule besuchen wollen.

Die Verschärfung des Gesamtschulkurses dieser SPD-Landesregierung war und ist unnötig. Sie gefährdet den Schulfrieden. Seit Monaten hat die CDU-Landtagsfraktion auf diese drohende Zuspitzung hingewiesen und in Debatten im Hause mehr Zurückhaltung gefordert. Die Antwort der SPD war die Entlassung des bisherigen Staatssekretärs und der Beschuß der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD vom 11. 3. 1986. Als Ziel der SPD-Strategie wurde dort formuliert: „Ein Nebeneinander von gegliedertem Schulsystem und Gesamtschule sollte befristet sein... Aber schließlich soll — wie in den meisten vergleichbaren Staaten Nord-, West- und Südeuropas — die Gesamtschule die einzige Schulart

sein.“ Damit wird eine neue Etappe sozialdemokratischer Gesamtschulstrategie deutlich: zunächst die Gesamtschule als Versuch, dann als Angebot, dann als Regelschule, dann flächendeckend und schließlich soll die Gesamtschule die einzige Schulform der Sekundarstufe I sein und die bisherigen Schulformen ablösen. Jetzt in der Vorwahlzeit reden Sie von einem Nebeneinander der Schulformen. Tatsächlich bereiten Sie die Abschaffung des gegliederten Schulsystems vor. Die Bürger unseres Landes begehren dagegen auf. Die CDU in NRW wird die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen.

Durch diese SPD-Strategie werden die eigentlichen Fragen der Schulpolitik verdrängt. Heute haben wir jedoch eine neue Wirklichkeit. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Zahlen der Schüler stark zurückgehen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß das Bedürfnis der Menschen nach kleinen Lebenskreisen wächst. Wir stellen fest, daß die Bürgerinnen und Bürger wohnortnahe Schulen wünschen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, daß die demographische Entwicklung dazu führen wird, daß die heutigen Kinder in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Leistungsbereitschaft und höhere Qualifikationen haben müssen, um die Zukunftsaufgaben zu lösen.

Und wie reagiert die Landesregierung auf diese neue Wirklichkeit? Die einzige Antwort, die der sozialdemokratisch geführten Landesregierung einfällt, ist Verschärfung des obrigkeitstaatlichen Drucks, um Gesamtschulerrichtungen zu erzwin-

gen. Tatsächlich benötigen wir aber ein besonnenes Handeln, um auf diese neue Wirklichkeit sachbezogen zu reagieren. Politik mit dem Vorschlaghammer zerstört, aber löst keine differenzierten Probleme.

Erschreckend ist, wie die Landesregierung mit den berechtigen Problemen der Bürger umgeht. So kommentiert der Sprecher des Kultusministeriums den Einsatz der Eltern für ihr Gymnasium in Oberhausen. Es sei ein Unding, jedes Problemchen „dem Kultusminister vor die Türe zu kippen“. So geht die SPD-Regierung in der Praxis mit Elternwillen um.

Jede Gesamtschulerrichtung hat Folgen für andere Schulen am Ort. Deshalb muß der Schulträger bei einer solchen Entscheidung seine Verantwortung für die gesamte Elternschaft berücksichtigen. Das Gesamtinteresse aller Eltern, die sich für verschiedene Schulformen einsetzen, muß also einbezogen werden. Eine Begrenzung auf ein Teilinteresse ist nicht zulässig. Eltern der anderen Schulformen müssen auch mit in den Blick genommen werden. Eine Begrenzung auf den Willen derjenigen Eltern, die eine neue Schulform wollen, bedeutet doch sogar in letzter Konsequenz ein Leerlaufen des Elternrechtes, und zwar spätestens dann, wenn alle Schulformen vorhanden sind. Bürgerbeteiligung à la SPD läßt Eltern nur so lange mitreden, wie eine neue Schulform eingeführt wird. Danach gibt es keinen Elternwillen mehr. So sieht „Mehr Demokratie wagen“ in der Praxis der SPD aus!